

# Naale-Zeitung

Funf und Infsigfter Jahrgang.

**Anzeigenpreis**  
Die 6 gefalteten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Sonntags 40 Pf., Reklamen die 22 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen a. f. m. f. Anzeigengestaltung Erfüllungsort Halle. Erscheinung täglich 3 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Dromaden 1a, St. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstr. 32 und Markt 24. Verlags-Konto Leipzig Nr. 4008

**Bezugspreise**  
Die Halle monatlich bei zweimaliger Aufstellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, sechs Monate 42.00 Mark, ein Jahr 81.00 Mark, die fehlende 24.75 Mark. Einzelnummern 2 Pf. Abnahmegebühren. Bestellungen werden von allen Geschäftsstellen angenommen. Im umsch. Zeitungsverzeichnis unter **Naale-Zeitung** eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Kostendruck nur mit der Erlaubnisgabe. **Naale-Zeitung** gest. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1133 a. 1133, der Bezug-Abtg. Nr. 1133a

Nr. 135.

Halle, Dienstag, den 22. März 1921.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Die Gestaltung der amerikanischen Wirtschaftslage im Jahre 1921.

Von Virgil Jordan.

(V. P. S.) Die Stellung der amerikanischen Geschäftsmelt zur augenblicklichen Wirtschaftslage und ihre Ansichten über deren künftige Gestaltung sind auch für die anderen Länder deshalb bedeutungsvoll, weil die wirtschaftlichen Bedingungen im allgemeinen bei allen Völkern seit Beendigung des Krieges einander sehr ähnlich sind. Wenn man auch die Besonderheiten ihrer nationalen Hilfsquellen und ihrer industriellen Organisation anerkennen muß, so darf man auf der andern Seite nicht übersehen, daß es im letzten Grunde überall dieselben Faktoren gewesen sind, welche die gegenwärtige Situation heraufgeführt haben. Aus der Erkenntnis dieser wirtschaftlichen Parallelen heraus ist sich Amerika heute bemüht geworden, daß die Lösung der zahlreichen wirtschaftlichen Probleme nur im Einklang mit der übrigen Welt möglich ist.

Nach Ansicht hervorragender amerikanischer Wirtschaftsexperten sind die Vereinigten Staaten loeblich in eine Periode der Wirtschaften zu treten, die mit dauernden Schwankungen zu rechnen hat. Etwas optimistischer lauten die Ansichten der amerikanischen Handelskammer, welche für längere Zeit an eine allmähliche Stabilisierung der Preise glaubt, die nur wenig hinter dem Preisstand der Vorkriegszeit zurückbleiben. Nach optimistischer ist der Präsident der National-Retail-Don-Goods-Association, welcher behauptet, daß man sich im Detailhandel bereits teilweise einem Preisstand nähert, der ungenügend die Mittelschichten der niedrigen Preisen im Jahre 1912/13 und den hohen im Jahre 1919 halte. Mit ganz besonderem Vertrauen folgt die Finanzwelt Amerikas der wirtschaftlichen Entwicklung entgegen. In der Industrie ist, ungedacht der stark herabgeminderten Produktion, nichts unerwartet geschehen worden, um den Fortbestand der verschiedenen Unternehmen sicherzustellen durch Lohnreduzierungen und andere Maßnahmen. Die Verfestigung der Arbeitsbedingungen hat in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft zwar lebhaften Widerstand hervorgerufen, bis jetzt aber irgendwelche ernstlichere Anstrengungen nicht zur Folge gehabt. Im übrigen hat sich die Stahlindustrie am längsten und erfolgreichsten den Preisreduktionen widersetzt und dementsprechend die hohen Löhne beibehalten. Daß die organisierten Arbeiter weiterhin die mehr oder weniger latenten Gefahren nicht verkennen, beweist die Tatsache, daß die Arbeiterschaft allen Versuchen von Seiten der Arbeitgeber, eine Besserung der Wirtschaftslage auf Kosten der arbeitenden Klasse herbeizuführen mit heftiger Entschlossenheit entgegengetreten ist. Es ist die Aufgabe der neuen Regierung, hier vermittelnd einzugreifen und einen friedlichen Ausgleich der vorhandenen Gegensätze herbeizuführen, im Interesse des sozialen Friedens, ohne daß eine wirtschaftliche Gefährdung nicht denkbar ist.

## Einzelerggebnisse aus Oberschlesien.

- Im Kreis Pleß sind rund 14 400 deutsche und 41 000 polnische Stimmen,  
im Kreis Rybnik 28 500 deutsche und 50 000 polnische Stimmen abgegeben worden.  
Kattowitz 22 863 deutsch, 3 880 polnisch,  
Bogusitzky 5 861 gegen 6 793,  
Schrau 2 353 gegen 1 036,  
Laurahütte 5 725 gegen 2 919,  
Siemianowitz 5 170 gegen 4 043,  
Bainow 90 gegen 384,  
Przelaisa 90 gegen 464,  
Hohenlohehütte 643 gegen 298,  
Georgshütte 375 gegen 585,  
Beuthen (Stadt) 24 979 gegen 6 585,  
Königschütze 32 257 gegen 7 906,  
Oppeln (Stadt) rund 20 800 gegen 1 100,  
Tarnowitz (Stadt) 7 586 gegen 1 367,  
Schwientowlohwitz 6 885 gegen 5 875,  
Scharley 1 968 gegen 3 914,  
Bobref 2 545 gegen 2 246,  
Hindenburg rund 16 000 gegen 11 000,  
Rungendorf 949 gegen 1 584,  
Wachsborn 363 gegen 524,  
Malschau 468 gegen 1 060,  
Paulsdorf 1 392 gegen 1 542,  
Jabrze 9 842 gegen 6 041,  
Rafinik 355 gegen 1 501,  
Türkheim 852 gegen 1 910,  
Rammeln 159 gegen 996,  
Orzgow 1 345 gegen 2 557,  
Morgenrot 608 gegen 827,  
Groß-Dombrowa 352 gegen 1 877,  
Einzelschütze 928 gegen 412,  
Neu-Schäufel 1 905 gegen 1 279,  
Horsow 3 206 gegen 3 087,  
Geisshaus (Stadt) 9 804 gegen 61,  
Koblerg 5 088 gegen 6 158.

- Schleifengrube 1345 gegen 2 583,  
Hohenlohe 2 552 gegen 3 528,  
Waisnitz 356 gegen 216,  
Gobulafahütte 1 330 gegen 2 177,  
Bismarckhütte 8 046 gegen 4 993,  
Friedenshütte 3 595 gegen 2 512,  
Schwarzwaldb 257 gegen 575,  
Lipine 4 041 gegen 3 066,  
Miechowiz 1 682 deutsche gegen 4 460 polnische Stimmen.

Von zwei Gruppen des Kreises Rybnik wurden 100 Arbeiter durch den polnischen Terror vertrieben. Die Ortsgruppen des Kreises unterlagen unerhöht dem polnischen Terror und waren ohne jeden militärischen Schutz. Am 18. März wurde in Godow der Kraftwagen des Reichsgerichtskommissariats durch ein Maschinenrohr beschossen. Ein Arbeiter getötet wurde, der Führer verletzt. In einigen Orten wurden die ankommenden Wähler vertrieben. Schlimmer Terror wird auch aus dem Nordteil des Kreises Pleß und der Umgebung von Kopalitz gemeldet, wo die Wähler und deren Angehörige bedroht, beschimpft und teilweise sogar verletzt wurden. In der Nacht zum 19. März wurde das Dorf Anhalt von einer Bande umzingelt und zwei Stunden lang beschossen. Das Pfarrhaus wurde durch drei Handgranaten in Ruinen verwandelt. Die deutschen Mitglieder des Wahlbüros in Kadowka und Tarnowitz legten ihre Ämter nieder, weil ihnen Ermordung angedroht wurde. Mehrere Fälle von Terror werden aus den Kreisen Groß-Strehlitz, Kattowitz, Hindenburg und Gleiwitz-Land gemeldet. Zahlreiche Dörfer fordern militärischen Schutz, weil sonst die Ausübung der Abstimmung unmöglich war.

Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien wird von den Abendblättern als ein Sieg der deutschen Sache begrüßt, der die Erwartungen nicht erfüllt hat. Die Tatsache, daß in den Kreisen Rybnik, Pleß und Tarnowitz eine polnische Mehrheit erzielt wurde, gibt den Wählern Veranlassung, jetzt schon zu betonen, daß eine Zerstreung Oberschlesiens dem Gesamtergebnis der Abstimmung und auch dem Charakter des Abstimmungsgebietes widersprechen würde, das ein ungetrenntes Ganzes bildet. Der „Lokalanzeiger“ sagt, daß die Deutschen aus diesen Kämpfen, die sie mit stumpfen Waffen zu führen gezwungen waren, eine Zweidrittelmehrheit davontrugen, sei ein hoch erfreuliches Ergebnis. Wer auf dem Standpunkt stand, daß Oberschlesien ein eigenes Wirtschaftsgebiet darstelle, müsse danach die ausgesprochene Willensbindung seiner Bevölkerung auch als einheitlichen Willensakt auffassen und rezeffizieren.

## Ausruf des Reichspräsidenten.

An das deutsche Volk!

Die deutsche Sache in Oberschlesien hat einen entscheidenden Sieg errungen. Er ist dem einmütigen Einsehen des gesamten deutschen Volkes zu danken. Die einseitige Bevölkerung hat ungeachtet aller gerechtfertigten Bedenke, die dem deutschen Gedanken zu entspringen, in ihrer überwältigenden Mehrheit treu zum Vaterlande gehalten. Die Stimmberichtigten Oberschlesiens aus dem Reich und dem Ausland haben, erfüllt von der Liebe zur Heimat, Entschungen und Mühen nicht gescheut. Sie sind allen Einschränkungsverordnungen zum Trotz hochmütig nach Oberschlesien geeilt, um ihrer Pflicht gegen Heimat und Vaterland zu genügen. Mit größter Opferwilligkeit haben alle Schichten der Bevölkerung durch Sammlung der Grenzgebiete die Mittel beigesteuert, um auch den Wertigen die Reise nach Oberschlesien zu ermöglichen. Die Abstimmungsorganisationen haben durch hingebende unermüdbare Arbeit und unerschütterliches Zusammenstreben das große Werk vollenden helfen. Ihnen allen, ohne Ausnahme, ist der fleißige Dank des deutschen Volkes gewiß.

Berlin, 21. März 1921.

Der Reichspräsident. Ebert. Der Reichsfenstler. Fehrenbach.

## Der Reichspräsident an Fürst Hatzfeld.

Der Reichspräsident richtete nach Bekanntwerden des ober-schlesischen Abstimmungsergebnisses an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, Fürsten Hatzfeld, folgendes Telegramm:

„Ihr Durchlaucht spreche ich namens des ganzen deutschen Volkes unser aller freudige Bewunderung über das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien aus. Ich auch nach den bisherigen Berichten der Erfolg in einzelnen Kreisen durch rechtswidrige und gewalttätige Beeinträchtigungen beeinträchtigt worden, so bleibt doch die unumstößliche Tatsache bestehen, daß sich das ober-schlesische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit für Deutschland entschieden hat. Hervorragendes Verdienst an diesem Ergebnis ist Ihnen und Ihren Mitarbeiter ausopfernder Tätigkeit zuzuschreiben. Ich bitte Sie und Ihre Mitarbeiter, der strengen Dankbarkeit der Reichsregierung und des deutschen Volkes versichert zu sein.“

## Graf Sforza über die Londoner Konferenz

Nach einer Stefanmeldung erklärte der Minister des Auswärtigen Graf Sforza in der italienischen Kammer auf Anfragen über die Londoner Konferenz und die auswärtige Politik u. a.:

Die Deutschen schlugen ein Formel vor, die das erreicht, was in dem Augenblick schwierig schien, nämlich Einmütigkeit in ihrer Ablehnung. Die Sachverständigen konnten leicht darlegen, daß die deutsche Berechnung irrig war; denn das Angebot von 30 Milliarden Goldmark, die in 30 Jahren gezahlt werden sollten, bedeutet weniger als das, was Italien in 42 Jahren an die Alliierten für die Kriegsausgaben zahlen muß. Graf Sforza erklärte die deutschen Vorschläge und fügte hinzu: Es war natürlich — und darauf hatte sich Dr. Simons sicherlich gefaßt gemacht — daß die deutsche Vor-schläge den Alliierten nicht einmal einer Erwägung wert schienen. Graf Sforza zählte sodann die Vorschläge auf, von denen Deutschland befreit zu werden wünscht, und deren Höhe betrahe der Summe gleichgemessen sei, die es anbot, und die in ihrer hinterer früher von den deutschen Vertretern angeboten wurden zurückblieb. Die Alliierten suchte nach einer Formel, die der Lage Deutschlands Rechnung trug und die Zahl der Annuitäten verringerte. Die alliierten Sachverständigen begaben sich sogar zu den deutschen Sachverständigen, um die Fragen zu prüfen. Mehrere Punkte wurden von den Deutschen angenommen, und einen Augenblick lang hatte man dem Eindruck, daß man zu einer Lösung gelangen könne. Schamminer Media und ich, die wir immer und in allem einer Meinung waren, laten alles, um die Verhandlungen glücken zu lassen. Unsere Sachverständigen waren sehr eifrig tätig, aber unglücklicherweise eilten: in die neuen deutschen Vorschläge nicht viel annehmbarer wie die ersten.

Graf Sforza führte aus, worin die neuen Vorschläge bestanden und fügte hinzu: Sie wurden unter der Bedingung gemacht, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibe. Diese Bedingung war unannehmbar; dann das Schicksal dieses Gebietes soll durch die Vollsabstimmung entschieden werden. Auf Seiten der deutschen Regierung fehlte jeder gute Wille, um zu einem Abkommen zu gelangen. (1) Infolge der sehr verständlichen Wünsche Frankreichs, das bisher nicht einmal in Worten eine aufrichtige Absicht des Friedens von gestern hat, die schließlich verwürfelten Departements wieder aufzubauen, angeht die besonderen politischen und wirtschaftlichen Erwägungen in England und schließlich und vor allem infolge des schiefen Willens Deutschlands, schienen militärische und wirtschaftliche Zwangsmassnahmen unvermeidlich.

Graf Sforza begrüßte es, daß die Interessen in und die Haltung Italiens dem Gedanken eines ruhigeren und arbeitameren, von heftigen Erschütterungen nicht bedrohten Europas entsprächen. Er fügte hinzu, er habe in London erklärt, Italien je besonders Wert auf die Ruhe in Europa. Sinnfälligkeit der Haltung Italiens sagte er: Die tiefe und vertrauensvolle Abhängigkeit, die Rom, London und Paris wechselseitig mit einander verbindet, muß es ausschließen, daß in einer dieser Hauptstädte Groll oder Erbitterung über die abweichende Haltung des einen von uns entsteht. Ich glaube, die Rammern verdienen zu können, daß die Aufrichtigkeit in der Abhängigkeit und der Freimit in unseren von den Anderen abweichenden Meinungen zu gewährt wurden, wie es sein mußte. Es handelte sich hier um die Erfüllung der gesamten Aufgabe; von einem anderen Gesichtspunkte aus, und zwar nicht nur in unserem Interesse, sondern auch in denjenigen, welches uns das alles zu sein schien.

Graf Sforza erklärte, er und Schamminer Media hätten weitgehende Vorbesprache hinsichtlich der 50 Prozent rotgeblau, aber es wurde festgestellt, daß die Deutschen selbst die Anregung in Brüssel gegeben hatten, und daß Dr. Simons sie in London als gegenseitigen Wert für die Reparation begehrt hatte. Wenn Deutschland, wie wir es alle glauben, ein fester Wirtschaftsorganismus ist, so liegt es in seinem wahren Interesse, lokal an die Zahlung seiner Schuld zu gehen und mit dem übrigen Europa ein neues Leben anzufangen. Italien vertraut darauf, daß auf der nächsten Konferenz eine lokale Verständigung möglich sein wird.

Die Rede des Grafen Sforza wurde von den Abgeordneten sehr aufmerksam angehört. Die Abgeordneten, die die Anfragen an den Minister gestellt hatten, hielten darauf ihre Gegenreden. Die Sitzung wurde dann aufgehoben und am morgen nachmittag vertagt.

## Keine Beschlagnahme deutscher Güter in England.

In Wiederholung ähnlicher Erklärungen im englischen Parlament gibt die Berliner englische Botschaft folgendes bekannt:

Die britische Regierung künftige im Oktober 1920 ihre Absicht an, von ihrer Befugnis, welche sie auf Grund des § 18 Absatz 2 des Verfaller Vertrags besitzt, das Eigentum an deutschen Staatsangehörigen in Großbritannien oder auf englischem Gebiete zu beschlagnahmen, feiner Gebrauch zu machen. Das bezieht sich nicht nur auf Güter, sondern auch auf Guthaben bei englischen Banken. Diese Zusage wird durch die Bill, die jetzt im englischen Parlament vorliegt, nicht berührt. Wenn die englische Regierung eine Zusage macht, so fällt sie diese auch

Eine Beschlagnahme von Gütern kommt nicht in Frage, und insbesondere ist in dem Gelegentwurf, welchen die eng-

Die Regierung legt im britischen Parlament eingebracht hat, durchaus nichts enthalten, was die Freiheit der deutschen Staatsangehörigen betrifft, über ihre Guthaben bei englischen Banken zu verfügen.

## Die schwarze Schmach.

Berlin, 19. März. Die amerikanische Regierung hat General Allen, den Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Deutschland zu einem Bericht über die Ausschreitungen der farbigen französischen Truppen in Mexiko in Kenntnis versetzt, der am 19. Febr. im amerikanischen Senat vorgelegt wurde und jetzt in Europa im Auszug bekannt wird.

Der Bericht besagt, daß in einer Anzahl von Fällen die französischen Militärgerichte ein dreites Malen; er konstatiert, daß bei weitem nicht alle Gewalttätigkeiten der farbigen Soldaten bestraft wurden und hebt hervor, daß die Strafgesetze nicht durchgesetzt sind, wie sich bei einer Sitzung im Senat vor dem französischen Militärgericht wegen solcher Gewalttätigkeiten gegen farbige verurteilte Strafen mit. In den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit ist jedoch das Gutachten des Generals Allen befriedigend, da es wesentliche Tatsachen außer Acht läßt oder leich aufweist.

General Allen gibt an, daß kein Regier mehr im Hinblick auf die Bevölkerung nicht nicht gegen die Regierung der farbigen Soldaten, sondern gegen alle farbigen Truppen — auch Madagaskar, Ostafrika und Nordafrika — richtet. Besonders in Mexiko haben die Schwarzen an Mordtaten nichts gespart. In Mexiko sind die Schwarzen wegen des Winters nach Südfrankreich zurückgezogen worden. Das warme Frühlingswetter hat sie nur zu bereit wieder bestraft.

General Allen ist ferner im Irrtum, wenn er nur von wenigen Fällen — 66 — spricht. Einwandfrei festgestellt sind vielmehr:

- 40 Fälle von Mordtaten, darunter 13 Fälle mehrfacher Mordtaten,
- 70 Fälle von Mordversuchen,
- 20 Fälle sonstiger sexueller Ausschreitungen gegen Frauen,
- 7 Fälle widerrechtlicher Anhaftung.

Die Zahl der nicht bestraften Fälle dürfte das Mehrfache betragen. Es ist also unzweifelhaft, wenn General Allen sagt, „solche Fälle sind gelegentlich und in beschränkter Anzahl vor, sie waren jedoch nicht allgemein und weit verbreitet.“

Die Tatsachen werden auch nicht geändert durch den Umstand, daß einzelne schändliche Taten sich unter schwerem französischen Druck zu einer Milderung ihrer Veröffentlichung über die farbigen Truppen bereitzustellen haben.

## General Nollet und die Entwaftung.

Der Vorsitzende der internationalen Militärkommission, General Nollet, hat eine Note an das Auswärtige Amt geschickt, in der er darauf hinweist, daß die deutsche Regierung durch die Pariser Beschlüsse vom 29. Januar aufgefordert werden soll, bis zum 15. März das neue Wehrgesetz zu veröffentlichen und ein Gesetz über die Auflösung aller Selbstschutzorganisationen zu erlassen. Nollet nimmt Vermerk an, daß beides bis zum 17. März nicht geschehen ist, und behält sich das Recht vor, die Durchführung der Pariser Beschlüsse zu verweigern. — Bekanntlich ist das neue Wehrgesetz, sowie das Gesetz zur Ausführung der Pariser Vertragsartikel 177 und 178 in den letzten Tagen verabschiedet worden.

## Arbeitszeitverkürzung oder Arbeitsbeschaffung?

Die sehr Forderungen der freien Gewerkschaften zum Zwecke der Verringerung der Arbeitslosen haben die Unterlage für Verhandlungen gebildet, die kürzlich im Reichsarbeitsministerium zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfanden. Die Forderungen, die in der Hauptsache auf eine anderweitige Verteilung der Arbeitslosigkeit durch eine weitere Arbeitsverteilung sowie auf die Beschaffung von Arbeit hinauslaufen, waren der Gegenstand einer lebhaften Debatte. Arbeitslosigkeit wurde als Erkrankung angesehen, daß man bereit sei, an der Verringerung der Arbeitslosen tatkräftig mitzuhelfen. Diese Forderung jedoch nicht durch eine Umlegung der vorhandenen Arbeit auf die Arbeitskräfte gelöst, sondern lediglich durch Arbeitsbeschaffung. Wie wir nun aus unterrichteter Seite erfahren, wird die Lage in den Kreisen der Zentralen folgendermaßen beurteilt: Angeführt des Verfallers Dittus und d. r. Gewaltmaßnahmen der Entente geht es nicht an, durch gesetzliche oder anderweitige Zwangsmaßnahmen noch weiter in die Arbeitslosigkeit eingegriffen zu werden; kann nur durch eine rationelle Betriebsweise eine katastrophale Entlastung der Dinge hinzugebracht werden. Die allgemeine Verkürzung der verkürzten Arbeitszeit würde eine weitere Verringerung der Produktion zur Folge haben; denn es ist doch sehr zweifelhaft, ob die Vollarbeiter genügt sind, zugunsten der Erwerbslosen, die durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehenden Lohnausfall zu tragen. Die Folgen würden sich nicht nur Lohnforderungen auf der ganzen Linie und damit eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus sein. Hinzu kommt, daß die Kurzarbeit eine Leistungsminde rung nach sich zieht. Dies ist eine erfahrungsmäßig nachgewiesene Tatsache. Wir hätten also auf der einen Seite eine Lohnsteigerung und auf der anderen Seite eine Leistungsminde rung, somit eine neue Steigerung der Preise. Das aber verdrängt sich keineswegs mit den bisherigen Forderungen der Gewerkschaften hinsichtlich des Preisabbaues. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit würde schließlich aber auch die Einführung der Mehrarbeit unmöglich machen und damit das Vertrauen des Auslandes auf die Güte der deutschen Ware und die Wirtschaftlichkeit der deutschen Arbeiter. — Überall dort, wo bis jetzt die verkürzte Arbeitszeit eingeführt war, hat man unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit un-

günstige Erfahrungen gemacht. Es kann deshalb nicht dringend genug davor gewarnt werden, die Arbeitslosigkeit mit einem Vollstättig zu machen, wie es die geplante Kurzarbeit darstellen, lindern zu wollen. Das ein, wieviel, welches diesem Zwecke fruchtbringend dienen kann, ist die Beschaffung von Arbeit. Zu diesem Ziele zu gelangen, dürfte nicht schwer fallen; es sei nur erinnert an die Bekämpfung des Baumaterials und des Schiffbaues. Nur von dieser Seite kann eine Besserung der Verhältnisse kommen.

## Außerordentlicher Verbandstag des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten.

In der Beschlusssache hatte der Verbandstag am zweiten Verhandlungstage eine aus Angehörigen aller mittleren Berufsgruppen bestehende Abordnung zum Reichspostminister und zu den Führern der Reichspostorganisationen entsandt, um diesen Stellen nachmals die Wünsche der mittleren Postbeamten vorzutragen. Auf Grund des Berichtes über das Ergebnis dieser Besprechungen nahm der Verbandstag in seiner Schlussitzung, an der außer mehreren Reichspostangehörigen als Vertreter des Reichspostministers Staatssekretär Teudt teilnahm, einstimmig eine Entschließung an, in der die Forderungen erhoben sind, daß die aus dem Bundesministerium herangezogenen Post- und Telegraphenbeamten rechtlos gelassen und die aus dem Militärministerium herangezogenen jenseits von Ablauf einer fünfjährigen Befristungsdauer in die Gruppe VII, und zwar ohne die dem Reichsminister geforderte, vom Verbandstag mit allem Nachdruck grundsätzlich abgelehnte Erhöhung des Gehalts, überführt werden. In voller Würdigung der der Durchführung dieser Forderungen entgegenstehenden Hindernisse jedoch erklärte der Verbandstag, sich vorerst damit abfinden zu wollen, daß mindestens 60% u. S. der Gehaltssteigerung durch den Nachtragserlass für 1920 gelöst und die restlichen 30% u. S. innerhalb der nächsten 3 Jahre in Dienstverhältnissen der Gruppe VII befristet werden. Hinsichtlich der geplanten Neuordnung der Personalverhältnisse wurde besonders gegen die völlig unbefristeten Überangabebestimmungen für die vorhandenen mittleren Beamten nachdrücklich Stellung genommen. In organisatorischen Fragen beschloß der Verbandstag neben zahlreichen Sachangelegenheiten einstimmig den Beitritt des Verbandes zu der am 10. März gegründeten Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten. Zu weiterer Behandlung der Frage der Personalverhältnisse wurde ein fünfgliederiger Ausschuss ernannt. In dem Verband wurden die bisherigen Mitglieder der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten, Reichssekretär Schreiber, Reichssekretär Koppert, Reichssekretär Koblach, Reichssekretär Knappe und Reichssekretär, Telegraphenbeamtenführer Vorens, Reichssekretär Gronfeldt, Grenzau und Wachmann, Reichssekretär von Hildebrandt, sowie als neu hinzunehmende Reichssekretäre Leg und Reichssekretär Abraham (Wach) gewählt.

## Die Revolution in Rußland.

Dem Fall Kronstadt folgten erneute Kämpfe, bei denen es den Aufständischen gelang, sich zeitweilig der Festung wieder zu bemächtigen. Es muß zu überaus heftigen Kämpfen gekommen sein, denn im Laufe des vorgestrigen Tages hörte das Geschütz- und Gewehrfeuer nicht auf. Den Aufständern der Aufständischen gelang es, mit 10 000 Mann nach Finnland zu entkommen, die interniert wurden. — Einer späteren Meldung zufolge haben die Sowjettruppen sich nun endgültig in Kronstadt festgesetzt. Die finnische Regierung und das amerikanische Komitee Kreuz tun alles, um die Not der Hungernden zu lindern.

## Rußlands Friedensschlüsse mit dem Orient.

Am 16. März wurde in Moskau zwischen Sowjetrußland und der Angora-Regierung ein Vertrag unterzeichnet, laut dem Batum bei Georgien verbleibt, Rußland Konstantinopel als die Hauptstadt der Türkei für ewige Zeiten anerkennt und Rußland der freie Verkehr durch die Meerengen gestattet wird. Dieser Vertrag schließt die Kette der russischen Friedensschlüsse mit dem Orient. Bereits im Februar hat Moskau Verträge mit Persien, Afghanistan und Sogdiana geschlossen.

Die Bildung einer neuen finnischen Regierung begegnet großen Schwierigkeiten. Der Verlust des bisherigen Reichsministers Lantinen, ein Kabinett zu bilden, ist gescheitert. Der Präsident beauftragt, den Führer der Arbeiterpartei, Kallio mit der Bildung der Regierung zu beauftragen.

## Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des Berichtes der Sonnabend-Sitzung.)

Nach neunhündiger Beratung tritt das Haus um 9 Uhr abends in die zweite Beratung des Gesetzes zur Ausübung des Art. 177 und 178 des Friedensvertrages ein.

Nach dieser Debatte wird folgender Ausbittlungsantrag angenommen:

„Geht aus der Sitzung über den Verfall einer Verrentung hervor, daß der Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen der Art. 177, 178 des Friedensvertrages liegt, so ist es zu empfehlen, die Auslösung erfolgt durch die oberste Landesbehörde mit Zustimmung der Reichsregierung; liegt die oberste Landesbehörde von der Auslösung ab, so ist die Reichsregierung für die Auslösung zuständig. Nach § 2 haben sämtliche Hofbesitzer den Anordnungen der Reichsregierung in dieser Hinsicht Folge zu leisten, die Verträge haben Rechtswirkung zu leisten. Nach § 3 sind im Falle der Auslösung einer Verrentung alle Hofbesitzer einzuschließen. Nach § 4 wird, wer sich an einer ausgefallenen Verrentung beteiligt, mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Festung bis zu drei Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Dauer bestraft. Ebenso werden Verrenter oder Käufer bestraft, die sich an einer Verrentung beteiligen.“

Abg. Reich (Bauer, Sp.) erklärt namens der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab:

Die Einbringung des vorliegenden Gesetzes, das ebenfalls vorgelegt wurde, war nicht notwendig. Die Bayerische Volkspartei erklärt, in der Zukunft nicht mehr vorläufig ein Verbot zur Aufhebung der Erbschaft der Erbschaft zum Schutze von Leben und Eigentum ruhiger Rentner, das keine militärischen Ziele verfolgt. (Anruhe links.)

Der Präsident schlägt vor, in einer Viertelstunde in einer neuen Sitzung die zweite Lesung des Gesetzes und anderer Gesetze vorzunehmen. Der Bericht schließt um 10 1/2 Uhr die Sitzung und bezaumt die nächste auf 10 1/2 Uhr an der Tagesordnung: Dritte Lesung.

In der Nachmittags-Sitzung wird das Gesetz in einzelnen und auch im ganzen gegen die Deutschnationale, Kommunisten, Unabhängige und Bayer. Volkspartei angenommen.

Es folgt die dritte Lesung der Einkommensteuergesetze, die nach unweiteser Debatte angenommen wird, ebenso das Gesetz über die Änderungen der Unfallversicherungs- und Dienstleistungsgesetze, die bis zum 1. April 1920 in Kraft treten.

Langen nach Mitternacht verläßt das Haus bis mindestens um 20. April.

## Deutsches Reich.

Die Sacharbeitszeit im Bergbau. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Das Reichsamt hat die Sacharbeitszeit im Bergbau unter Tage feststellen. Hiermit wird die Regelung der Arbeiterzeit zu einer Frage bezüglich der Produktion und Lohnhöhe und erfüllt der bei den Bergleuten zum Teil noch bestehenden Bedacht, daß die im Schieferungs- für das Bergbau-Verfahren die Sacharbeitszeit von vorläufiger überhöhten Stunden zu einer Wiederherstellung des regelmäßigen Arbeitsmaßes im Bergbau unter Tage führen könne.

Die Deutsche Gesellschaft für Mechanik und Textil, welche die gesamte Produktion umfaßt, hielt am Sonnabend in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ab, um zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen. Als einstimmig beschloß, daß alle mitteilbaren und vollständigen Produktionsverhältnisse nicht einfließen sein werden, den Zusammenbau der deutschen Heimindustrie und Textil zu fördern und daß die wichtige Industrie auch die letzte wichtige Produktionsverhältnisse übersehen wird. Zum Präsidenten der Gesellschaft wählte die Versammlung Herrn Alfred Schmidt, zum Stellvertreter die Herren Dr. Fischer von Sauerer, Direktor Sauerer von der A.G. Wes. in Berlin und Prof. Krüger in Hamburg. Die Gesellschaft setzte ihren Mitgliedern nahe, die Mitgestaltung der deutschen Wirtschaft und das Deutsche Museum, München, in ihren Zielen nach Kräften zu unterstützen und zu fördern.

## Halle und Umgebung.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, den 21. März 1921.  
Eine besondere Tagesordnung, die in keiner Weise geordnet war, der Redezeit erwiderten Anlauf zum Einleiten zu geben. Nur eine einzige Vorlage in Form von Beschlüssen, die fast eine halbe Million Mittel betraf: der Ausbau der Feuerwehrröhre zur Robert-Franke-Straße. Aber gerade sie wird abgelehnt. Der Stadtverordnete Steiner (Deutschnat.) weist auf das Verbot in unserem Stadtrecht, auf den Gehobten von über 10 Millionen Mark hin und macht einbringlich, alle Vorlagen, die nicht dringender sind, auf spätere Jahre zurückstellen. Seine Gründe sind kurz folgend: Und so fällt dem der Magistratsrat. Die andere Vorlage, die nach zu einer zeitlichen Ausbreitung herausgerichtet: Rückbau des Leinwischen Gebäudes im Stadthaus und Verändern der Zentralisierung der städtischen Kassen, wurde in die nächste Sitzung verlegt. Dadurch wurde erreicht — was in Halle seitdem seit dem Einzuge der neuen Zeit kaum jemals passiert ist —, daß die öffentlichen Verhandlungen schon um 10 Uhr zu Ende waren. Aber in der gegebenen Sitzung hat die Magistratsvorlage über die Leinwischen Gebäude den Stadtvätern noch eine kurze Pause, an der sie wohl fünf Viertelstunden heruminateten, bis der Antrag zur Annahme gelangte: Der Magistrat wird ermächtigt, den Vertrag mit dem St. M. Lewin nicht zu erneuern — er läuft noch bis zum 31. März nächsten Jahres —; im übrigen soll der Magistrat über die Verwertung der Gebäude eine neue, eingehender begründete Vorlage einbringen.

In Behinderung des Vorlesers und seines Stellvertreters liest St. B. (Deutschnat.) die Verlesung. Er gibt an, daß bekannt, daß der Magistrat dem Beschluß der Stadtväter zustimmt (der drei sozialistischen Parteien), die kommunalen Wohnungswirtschaften in halbjähriger Rente auszuüben, nicht beizutreten ist, zum Teil deshalb, weil dadurch eine starke Vermögensvermehrung eintritt. Ferner liegt eine Eingabe der hiesigen Gemeindebeamten vor, die sich mit der Wahl eines der beiden Stadträte befaßt; es wird dem Wahlaustritt überlassen. Und endlich ist eine Eingabe der Kommunisten vorgetragen, betreffend Unterbringung von Kindern solcher Mütter, die durch Arbeit von Hause ferngehalten werden. Er wird in der nächsten Sitzung beraten werden. Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Zu weiteren Beschlüssen in der Sache des Dolaplagens und zur Regelung der Verwaltung des neuen Lagerplatzes wird eine gemeinsame Deputation eingesetzt, die aus Magistratsmitgliedern, drei Stadtväter und fünf sozialistischen Bürgern besteht. Man wählt als Stadtväter die Herren Bernicke, Ritter und Richter, als Bürger die Herren Berger, Sadle, Strumpf, Willner und noch einen Radmann, dessen Name bei der Annahme unverständlich bleibt. Ein Antrag (Deutschnat.) bemerkt, die Deputation ist dringender, um der Wichtigkeit dort ein Ende zu machen.

Punkt 2 fällt aus.  
Die Verlesung nimmt davon Kenntnis, daß der Bericht über die neue Aufstellungsverordnung genehmigt habe mit Ausnahme der Beschlüsse der Arbeiterpartei. Der Referent, St. B. (Deutschnat.), teilt mit, daß die Magistrat außerhalb der Aufstellungsverordnung Bestimmungen ausarbeiten will, durch die auch die Wiedererwerb mit einer Steuer erfüllt werden sollen.

Die zweite Debatte betrifft die Erhöhung der Gebühren für die Freibaut und der Schatzgüter für den Schlacht- und Viehhof. Die einzelnen Bestimmungen der Neuordnung haben wir am Freitag bereits mitgeteilt.

Stadtrat Kilian als Delegierter führt gegenüber Einwendungen seiner Kommunalen Parteigenossen aus, daß nicht die Gebühren des Schlachthofes, sondern Angebot und Nachfrage den Preis für das Fleisch regeln. Der Etat müsse balanciert werden. Der Schlachthof soll zwar ein Institut, das im Interesse der Volksgesundheit im Leben gezeitet ist, aber er erleidet auch den Fehlgang, das Gewerbe und das ist es nicht einzuhalten, warum der Schlachthof, nach dem in einer Zeit der Geldnot, einen Zuschuß dafür herbeizuführen solle.

Die Verlesung beschließt, entsprechend der Magistratsvorlage, auf die Steuer für Wanderröhren, bis zum 31. März (Deutschnat.)

Der Magistrat wird ermächtigt, bei der Festsetzung des Sauschulplatzes, mit Rücksicht auf die vom Reich zu erwartenden Steuererlösen noch nicht abgeschlossen werden kann, für das nächste Vierteljahr eine Summe bis zu einem Drittel des Gesamtertrages des laufenden Schuljahres zu disponieren (St. B. (Deutschnat.))

Die Stadtväter-Deputation erhält das Recht, mit Rücksicht auf den gemeinsamen Geldwert fast bisher nur bis 10 000 Mark jährlich bis 10 000 Mark jährlich zu verfügen. Ref. St. B. (Deutschnat.)

Die Verlesung beschließt, außer der schon beschlossenen 7. Straßentheile die Einrichtung von 2. Straßentheile für das 2. Schuljahr und einer Straßentheile für das 4. Schuljahr. Die Mittel mit 26 700 Mark werden bewilligt. Ref. St. B. (Deutschnat.)

Die Verlesung der Erbschaftsteuer am Grundbuch der Richter 25a, Ge. Hermannstraße, wird geschlossen. Ref. St. B. (Deutschnat.)

Für die Einbringung eines Schulgesetzes an der Johanneisschule werden 6700 Mark bewilligt. Ref. St. B. (Deutschnat.)

Die Verlesung beschließt, die Verlesung über die Magistratsvorlage, für die Straßentheile der



Berliner Fondsbörse vom 21. März.

Unter dem Eindruck der oberbeschiehenen Abstimmung, deren Resultat die Gefährdung eines wichtigeren Kreises zeigt, verlor die Börse heute in sich wachsender Haltung. Besonders die oberschlesischen Wertpapiere waren in einem größeren Angebot ausgesetzt. Das Geschäft war etwas lebhafter als in der letzten Zeit. Die Spekulation schritt zu Abgaben, während größere Verkäufe vom Publikum nicht zu bemerken waren. Die schwache Haltung wurde verstärkt durch die Unsicherheit am Devisenmarkt. Die westlichen Werte drängten falls eher nach unten. Eine Ausnahme machte hiervon die polnische Valuta, die einen beträchtlichen Gewinn zu verzeichnen hatte. Dollarnoten wurden vor Feststellung der amtlichen Notierung mit 5 1/4 & 5 1/2 gekauft.

Der Schiffsfahrts Aktienmarkt wies mit Ausnahme von Deutsch-Australien und Hannag gut behauptete Kurse auf. Am Markt der Petroleum- und Petroleum-Produkte überwiegt die Abnahme nachgehend, am stärksten Kraft. Auch die Eisenbahn Aktien sind überwiegend gehalten, unter den Kalbenern vornehmlich Renneberg mit 330 und Krügerball mit 350 niedriger, dagegen Holzberg mit 255 behauptet, Manfelder Kurse mühen sich zum Teil auf Werten von (100) einen größeren Kursrückgang gefallen lassen. Unter den Petroleum Werten wurden Deutsche Petroleum mit 650 und Deutsch-Australien mit 225 am stärksten gedrückt. Kolonialpapiere ebenfalls wenig verändert. Unter den im freien Verkehr gehandelten Werten Südlux mit 1700, Sioman mit 1650 (1000 pCt.) und Pomona mit 3200 beträchtlich niedriger, dagegen Kolonialpapiere mit 6200 behauptet. Valutawerte nicht einheitlich, doch wenig verändert. Sontag rückgängig; dagegen Baltimore anziehend. Der heimische Rentenmarkt zeigte eine vorwiegend behauptete Haltung. Nur die 3 1/2proz. Reichsanleihen und die 5proz. Konsols eine Kleinigkeit niedriger; ungarische Staatsrenten leicht abgeschwächt; unter den seneg. Valutarenten die 4 1/2proz. Bewässerungsanleihe weiter rückgängig. Am heimischen Rentenmarkt mußten Handelsleute einen Abzug. Deutsche Bank einen 2 1/2proz. Kursverlust erleiden. Die übrigen Werte dieses Marktes geringfügig abgeschwächt. Dresdner Bank sogar höher.

Der Kassamarkt für Industriepapiere zeigte eine vorwiegend abgeschwächte Haltung. Käuflich wurden Kaiser-Werke 50, Busch, Bismarck 15, Kassow-Feldbahn 11, Hallesche Maschinen 25 und Siegen-Solinger 14 pCt. Niedriger: Kupferwerke Deutschland 13, Riebeck-Montan 9, Rückfordt 25, Vahner 28,00, Breslauer Spritz 22, Kalbbaum 35, Rheinische Spiegelglas 28, Reburger Welle H. Im weiteren Verlauf machte sich eine unbedeutende Erholung bemerkbar, die zum Teil durch den Rückgang des schlesischen Deutsches-Luxemburg mit 300 nach 300, Oberbedarf mit 510 nach 512, Caro 308 nach 306; dagegen geben weiter nach: Oberboks mit 508 nach 505 und Daimler mit 191 nach 192. Nachmittags war die Haltung nicht mehr einheitlich, da sich die polnische Valuta, wie schon erwähnt, außerordentlich fest. Kosulatzkonotonen, die am Sonnabend mit 8.50 geschlossen hatten, setzten heute mit 9.10 ein, um sprunghaft auf 9.50 & 10 anzukommen. Marknotierungen heute: Amsterdam 4.77 1/2, Zürich 9.57 1/2.

Antliche Kurse vom 21. März.

Table with columns for Deutsche Anleihen, Prämien-Anleihen, Hypothek-Anleihen, Kleinhändl-Aktion, and Stadianleihen. Includes various bond and stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.

Table with columns for Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinhandl.-Aktion, and Stadianleihen. Includes various iron and steel stock listings with prices and yields.